

Oberschulen können in IGS umgewandelt werden!

Beharrlichkeit aus dem Landkreis Harburg zahlt sich aus / Mündliche Zusage von der Kultusministerin

(bim). Die Oberschulen Hanstedt und Hollenstedt werden in Integrierte Gesamtschulen (IGS) umgewandelt! Mit diesem Ergebnis und der mündlichen Zusage von Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) kamen am Donnerstagabend u.a. Landrat Rainer Rempe, Fachdezernentin Annerose Tiedt und Hanstedts Samtgemeinde-Bürgermeister Olaf Muus aus dem Landtag in Hannover zurück.

An dem Gespräch nahmen auch die Landtagsabgeordneten Nadja Weippert (Grüne) aus Tostedt und André Bock (CDU) aus Winsen als kommunalpolitische Sprecher teil, die in den vergangenen Wochen auf eine Entscheidung gedrängt hatten.

Landrat Rainer Rempe: „Ich freue mich über die Zusage von Kultusministerin Hamburg. Das ist eine gute Nachricht für den Landkreis und die Weiterentwicklung seiner zukunftsfähigen, attraktiven Bildungslandschaft. Darauf haben wir, vor allem aber die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler in Hanstedt und Hollenstedt lange gewartet. Nun besteht endlich Klarheit, wie es im nächsten Schuljahr weitergeht.“

Wie mehrfach berichtet, hatte der Landkreis Harburg nach jahrelanger Diskussion im vergangenen August die Umwandlung der beiden Schulen in Integrierte Gesamtschulen bei der Landesschulbehörde beantragt. Das hatten sich etliche Eltern in beiden Samtgemeinden gewünscht.

Bis zuletzt - das letzte Schreiben ist datiert auf den 13. März 2023 - hatte die Landesschulbehörde sich insbesondere gegen eine Umwandlung der Oberschule Hanstedt ausgesprochen und auf siebeneinhalb (!) Seiten u.a. angeführt, dass die prognostizierten Schülerzahlen für eine Vierzügigkeit nicht ausreichen würden.

Der Landkreis hatte widersprochen: „Bereits im Antrag und auf Grundlage der Elternbefragung gehen wir aufgrund der



Nach dem Gespräch im Landtag (v. li.): Fachdezernentin Annerose Tiedt, Landtagsabgeordnete Nadja Weippert (Grüne), Kultusministerin Julia Willie Hamburg, Landrat Rainer Rempe, Hanstedts Samtgemeinde-Bürgermeister Olaf Muus und CDU-Landtagsabgeordneter André Bock Foto: Landkreis Harburg

Schülerzahlprognosen weiterhin von ausreichenden Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang aus Hanstedt und Jesteburg für eine vierzügige IGS in Hanstedt aus. Zudem ergibt sich aus der Schülerzahlenprognose allein für Hanstedt mindestens eine Dreizügigkeit, die gemäß Niedersächsischem Schulgesetz genehmigungsfähig wäre“, teilte Kreissprecher Andres Wulfes auf WOCHENBLATT-Anfrage mit.

Das Gespräch mit Julia Willie Hamburg sei sehr konstruktiv gewesen, lobt Hanstedts Samtgemeinde-Bürgermeister Olaf Muus. „Dass es zu einer Entscheidung kommen muss, ist auf offene Ohren gestoßen“, so Muus. Während die Landkreisvertreter erneut die rechtliche Bewertung dargestellt hätten, habe er die

emotionale Lage von Eltern, Schülern und Lehrkräften in dieser unsicheren Situation geschildert. „Auch seitens Hannovers kam zum Ausdruck, dass man mit der Zeitachse nicht zufrieden war“, formuliert er vorsichtig, dass man sieben Monate auf eine Entscheidung warten musste. Schließlich suchen die Eltern der Viertklässler seit Februar eine weiterführende Schule für ihre Kinder.

Was die von der Landesschulbehörde bezweifelten ausreichenden Schülerzahlen angeht, habe es seitens des Landkreises und der Samtgemeinde Hanstedt gar keine Bedenken gegeben. „72 Kinder bringen wir locker“, sagt Muus. In einer Umfrage hatten sich 52 Prozent der Eltern für eine IGS ausgesprochen. 2024 würden 149 Viertklässler eine weiterführende

Schule besuchen, für 2026/27 geht man in der wachsenden Samtgemeinde sogar von 159 Kindern aus.

Hinzu komme: Alle Schulen in Buchholz würden aus den Nähten platzen und die Nordheidestadt ebenfalls weiter wachsen.

Bislang würden 80 Prozent der Kinder aus Hanstedt an andere Schulen pendeln. „Die gehen uns verloren für alles, was neben der Schule läuft“, sagt Muus. Wenn ab 2026 der Ganztags kommt, bleibe diesen Kindern noch weniger Freizeit. Für eine Flächen-Samtgemeinde sei es ein großer Vorteil, eine Schule mit allen Abschlussmöglichkeiten vor Ort zu haben. „Wir als Landkreis, Samtgemeinde und Politik können die Vorlage liefern, den Ball ins Tor schießen müssen nun die Eltern“, betont Muus zu den künftigen Anmeldungen.